

Der Volksfreund

Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt und Land.

Nr. 20.

Sonntag, den 14. Mai 1922.

4. Jahrgang

Verlagsgesellschaft „Lobzer Freie Presse“ m. b. H.
Beträuer Straße Nr. 86. Geldsendungen und Zuschriften sind an den Verlag zu richten.

Verantwortlicher Schriftleiter: Ludwig Wolff, Obadlaststraße Nr. 112.
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Bezugspreis mit Postzustellung 300 Hfl. vierteljährlich f. Deutschland N. 30. — Anzeigenpreis: für die sechsgespaltene Kleinzeile Hfl. 60. —, für Deutschland N. 6. —

Frühlingslied.

Die Luft ist blau, das Tal ist grün,
die kleinen Maienglöckchen blühen
und Schlüsselblumen drunter;
der Wiesengrund
ist schon so bunt
und malt sich täglich bunter.

Drum komme, wenn der Mai gefällt
und schaue froh die schöne Welt
und Gottes Vatergüte,
die solche Pracht
hervorgebracht:
den Baum und seine Blüte.

L. H. Höltz,

Die Tragik eines Volksplitters.

Nach Gottes hohem Ratschluß ringt unser deutscher Volksplitter in Kongresspolen einen furchtbaren Kampf. Nie treten die geheimen und offenen Feinde unseres Volkes mit derart ungeschminkten, maßlosen Vernichtungsgedanken auf, als dies in den letzten Monaten der Fall war. Grimmig erhoben sich von Ost und West die schauderlichen Hasses- und Verleumdungswellen, sie rollen gegen unsere Volksgemeinschaft an, gewillt alles und jeden, der noch etwas auf sein Deutschtum gibt, in den schmutzigen Wellen der Unduldsamkeit und des Hasses zu begraben.

Lange vorher sahen wir die Sturmzeichen dieser bösen Zeit herannahen. Uns wird darob keinesfalls bange zumute. Das Klarumrissene, Bestimmte der Ziele und Zwecke wirkt ermunternd und befriedigend auf beiden Seiten, zieht endlich eine scharfe Grenze zwischen hüben und drüben. Klüglich wollten die Gegner das Dasein einer völkisch fühlenden Geistesrichtung innerhalb unseres bei dumpfer Selbstgefälligkeit und im Stumpfsinn dahinbrütenden Volksplitters verschweigen. Auf die Dauer gelang dies ihnen, im Laufe der Zeit beglückten jedoch die polnisch-evangelischen Blätter ihre Leserschaft über den tatsächlichen Sachverhalt mit einer selbstverständlich einseitigen „Einführung“. Wie es in jedweder Familie Gemeinschaft, Körperschaft verschieden geartete Geister gibt, deren Verfassung nicht ganz den seitens der Allgemeinheit zur Schau getragenen Grundsätzen entspricht, so gibt es auch in unseren Kreisen Leute, die hier und da im Leben irgendmal so oder anders unkorrekt gehandelt haben. Einzelner wegen dem Ganzen einen bösen Anstrich zu geben, den ehrlichen Absichten der Gegner schmutzige Beweggründe unterzuschreiben, gilt keineswegs als ehrliche, christliche Kampfweise, die

aber zu unserem Leidwesen gar zu oft in den Spalten der polnisch-evangelischen Blätter zum Vorschein tritt. Wir gehen darüber zur Tagesordnung hinweg. Das Herumwühlen im Schmutz überlassen wir den hierzu besser Veranlagten.

Die Geschicke unseres Volksplitters hierzulande sind aufs engste mit denen der lutherischen Kirche in Kongresspolen verknüpft. Ihr haben wir es in erster Reihe zu verdanken, daß wir unser teures Volkstum bis auf den heutigen Tag erhalten haben. Dessen laßt uns immer eingedenk sein. Wie stände es um unser Deutschtum, wenn wir nicht eine feste Burg und einen sicheren Zufluchtsort für die Seele in Luthers Bibel, seinen kernigen Liedern, in den vielen Erbauungswerken der evangelischen Kirche gefunden hätten? Ein Verbrechen und ein Frevel sondergleichen wäre es darum, diesen festen Anker evangelischer und deutscher Treue schmählich preiszugeben! Seit Beginn unseres Volkslebens hier in Polen stand uns stets in bösen und guten Tagen eine opferfreudige, mutige Schar von deutsch-evangelischen Seelsorgern treu zur Seite. Als zu felsenfesten Führern, kundigen Beratern schauten unsere Vorfahren zu ihnen empor; sie waren es, zu denen man in seelischer und leiblicher Not Zuflucht nahm. Und Gottes Segen ruhte auf uns allen. In vollster Eintracht und Liebe wandelten Pastor und Gemeinde ihren Lebensweg.

Heute ist es anders geworden. Zwei feindliche Lager stellen in so vielen Gemeinden Pfarrer und Pfarrkinder dar. Mancherorts hat ein breites Mißvertrauen, eine dumpfe Verstimmung Platz ergriffen. Wie eine schwere Schicksalswendung zehrt diese Mißstimmung an den Seelen Tausender. Wie ist es dazu gekommen? Wessen freventliches Handeln und Denken hat diesen schrecklichen Wandel in die Gemüter unserer Glaubens- und Volksgenossen hineingetragen, fragen mit bitterer Anklage wiederum Tausende.

Und einfach und schlicht lautet die Antwort: Untreue schlägt den eigenen Herrn. Vom Mutterboden der angestammten Volksgemeinschaft haben sich mit größeren oder kleineren Schmerzen (je nach Umständen) die größte Anzahl unserer gegenwärtigen Seelsorger losgerissen und haben anderswo ihr Heil und Glück gesucht — und, wer kann's sagen, gefunden. Viele betrachten diesen Weg als den natürlichen, zweckmäßigen. Dem einzelnen, der innerlich schwach, getrennt von den Stammesgenossen, seinen Weg unter Andersstämmigen gehen mußte, die ihn vielleicht mit manch bitterem Vorwurf überhäuften, blieb, wollte er sich im Lebenskampf behaupten, notgedrungen kein anderer Ausweg.

Ähnliches von unseren Pastoren zu behaupten, hieße meistens die Tatsachen nicht der Wahrheit

gemäß zu beurteilen. Tagtäglich standen sie im regen Verkehr mit den Glaubensgenossen, indem sie deren tausenderlei Angelegenheiten erledigten. Die seelsorgerische Arbeit deckte immer wieder die geheimsten Seelenwinkel, das verschwiegenste Denken und Handeln der deutschen Pfarrkinder auf. In ihrer ganzen Schönheit und Schwere offenbarte sich da alle Tage die Seele unseres Volkes. Man sah die Zuckungen, die freudigen Regungen, die Einfachheit, des öfteren auch die tiefen Leidenschaften mit all ihren traurigen und häßlichen Eigenheiten — und schwenkte leise zum fremden Volkstum über, indem man sich durch hohe Menschheitsideale leise das Gewissen einschläferte, daß doch der Weg der Untreue leichter zu betreten ginge. Der innige Zusammenhang mit dem eigenen Volke wurde lockerer und lockerer, wiewohl das Gewissen manchenmal scharf anzuklagen begann. Aber von außen fehlten ebenfalls die Stützen in Gestalt von bewußt völkischfühlenden gebildeten Kreisen, und so ging der Entdeutschungsvorgang seiner traurigen Vollendung entgegen. Das warme Gefühl für den Stammesgenossen, für den Menschen gleicher Art und Herkunft ist bei unseren Pastoren abgestorben. Weil aber ein Mensch ohne Volkstum bislang noch ein Unding ist, so wandten unsere Geistlichen all ihr Augenmerk auf das kleine Häuflein derer, die den gleichen Entwicklungsweg hinter sich hatten. Ihnen galt alle Sorge und Pflege. Für uns blieb leider — wenig übrig. Was man tat, war Pflicht, die man als Vätererbe noch stark im Blute spürte. Eine Oberflächlichkeit, ein starres Beamtentum erblühte da, wo ein inniges Zusammenfühlen, Zusammengehen sein sollte.

Da brach, wenn auch in zwölfter Stunde, auch für den deutschen Volksplitter der Tag der Erweckung aus jahrzehntelangem Schlafe an. Unsicher, tastend waren die ersten Lebenszeichen. Immer klarer und höher geht die Sonne der Erkenntnis, des Unterscheidens zwischen Gut und Böse, über den Häuptern unserer Volksgenossen auf, ein Erwachen und Sichbesinnen ist siegreich im Anzug. Natürlich ist es, daß man nach Mitleidenschaft Ausschau hält. Und Gott hat uns da eine tapfere, wenn auch kleine Schar getreuer Mitleidkämpfer aus den Reihen unserer Geistlichkeit geschenkt. Mit stolzer Freude und dumpfem Groll nahmen wir die Kunde von ihrem schweren Kampfe auf der letzten Synode in Warschau wahr. Gott sei mit euch, ihr treuen Volksgenossen und mutigen Verfechter der Wahrheit und des Rechtes! Wie eine unerschütterliche Mauer stehen hunderttausende der Glaubensgenossen hinter euch. Habt Dank für euer mutiges Bekenntnis, Gott lohne es euch und euren Kindern!

Eine schwere Schicksalswendung ist über uns gekommen. Im heißen Kampfe um Glaube und

Volkstum stehen wir. Bange ist es uns, doch wir verzagen nicht. Mit der Zuversicht auf Gottes gerechte Hilfe werden wir den Kampf unentwegt weiter führen. Der Sieg muß unser bleiben.

Unser gutes Recht ist es, Seelsorger zu fordern, denen deutsche Art und Sitte eben so wie uns lieb und teuer ist, die nicht nur für Luthers Lehre, sondern auch für seine Sprache und Volkstum unentwegt kämpfen wollen, auf dieses Recht werden wir nie und nimmer Verzicht leisten.

Doppelt schwer ist es nun zu sehen, wie abtrünnige Kinder des eigenen Volkes, anstatt mit vereinten Kräften mutig allen von außen kommenden Anfeindungen die Stirn zu bieten, sich auf die entschiedenste Weise bekämpfen, zerfleischen, vernichten. Darin liegt die schwere Schicksalsfügung, darin die Tragik unseres Volkspalters.

Wieviel edle Kräfte gehen nutzlos dadurch verloren? Was könnte nicht alles an Werken der Liebe, der Vertiefung unseres religiösen Lebens getan werden? Was geschieht? Eine freventliche Vergeudung edelster Menschenkräfte. Wahrlich, ein folgenschweres Schicksal lastet auf uns allen. Gebe Gott, daß sich alles zum besten wenden möchte.

L. G.

Um die Freikirche.

Unter obiger Ueberschrift bringt ein Herr St... in der 18. Nummer des „Volksfreundes“ Bedenken und Sorgen zum Ausdruck, die aus einer eventuellen Gründung der Freikirche in Polen ihm wie Gespenster entgegenreten. Die Schriftleitung fordert zugleich auf, zu dieser Zuschrift Stellung zu nehmen.

Nun frage ich Sie, geehrte Schriftleitung, seit wann ist St... Mitarbeiter unsres „Volksfreundes“? — Soweit es der Leserschaft bekannt ist, hat St... noch niemals eine für Zeitung und Leser nützliche Arbeit geliefert, außer der in Nummer 18 genannten, die mit ihrem kalten „kaufmännischen“ Grundgedanken dem Verfasser wenig Ehre einbringt. Wie kommt diese Zuschrift an den Kopf des Blattes?

Vor allen Dingen spricht aus der Zuschrift des Herrn St... der „Geschäftsmann“, der den Rubel in Marken umrechnet und zu dem Ergebnis kommt, daß heute ein Pastor ein viel zu kleines Gehalt bekommt. Er klagt die Gemeinde an, daß sie keinen Opferfuss hat, daß sie nicht einmal dem Pastor ein Gehalt geben will, mit dem er das notdürftige Auskommen haben könnte. Also an zweiter Stelle spricht aus dieser Zuschrift ein Pastor, und zwar solcher, der mit seinem Gehalt nicht auskommt. Und Pastoren, die von ihren Gemeinden schlecht besoldet werden, sind immer solche, die den Gemeinden von vornherein feindlich gegenüberstehen, oder solche, die auf der Kanzel so sprechen, daß die Zuhörer während der Predigt schlafen. Und solche Verkündiger des Wortes Gottes sind in der Freikirche vollkommen überflüssig.

Wir finden im Evangelium unsern Heiland nur einmal von Zorn entbrannt, und zwar in dem Augenblick, als er die Geldwechsler und Händler mit der Peitsche aus dem Tempel treibt. Hieraus folgt, daß auch heute noch „Geschäftsleute“ ihre Krämerforgen in die Kirche nicht hineinbringen sollen. Mit Fragen: „Was werde ich essen, was werde ich trinken, wollt ihr mir ein größeres Gehalt geben?“ soll niemand zur Gründung der Freikirche herantreten. Der Freikirchgedanke ist viel zu hoch und zu erhaben, als daß an ihn der Maßstab wertloser irdischer Dinge angelegt werden könnte. Nur ein festes Gottvertrauen, eine bedingungslose Beherzigung der Heilandsworte: „Sehet die Vögel unter dem Himmel, sie säen nicht und ernten nicht, und doch ernährt sie der allmächtige Gott“, kann den Menschen seinem

Schöpfer näher bringen. Und wird ein Seelsorger Feuer in seinem Herzen haben, und wird er Feuer in den Herzen seiner Mitmenschen anzuzünden verstehen, dann wird er nicht danach fragen:

„Wollt ihr mir ein größeres Gehalt zahlen, wollt ihr größere Opfer bringen?“ er wird es auch nicht nötig haben dies zu tun, denn die Gemeinden sind immer opferwillig, und sie werden es schon von selbst einsehen, wann es nötig sein wird, ihrem Pastor das Gehalt zu erhöhen.

Wenn aber Herr St... schreibt: „Da müssen vor allem auch die freien Opfer, wie auch die regelmäßigen Beiträge bedeutend erhöht werden“, so irrt er sich gründlich. Nicht als „Geschäft“ für die Kirchenbeamten ist die Freikirche gedacht, sondern sie soll selbstlos sein und selbstlose Mitglieder in ihren Schoß aufnehmen, denen es freisteht, zu ihr zu gehören und zu zahlen oder nicht. Jedemfalls, der Wagt und der Gerichtsvollzieher werden den Kirchenbeitrag nicht mehr zwangsweise einzuziehen, wie es bis dahin oftmals der Fall war.

Arminius.

Die Pastorensynode in Warschau.

Von Otto Somsohor, Warschau.

Der Bericht des Herrn Pastor R. Gundlach über die Pastorensynode in Warschau ist bereits in der Presse (Sonntagsausgabe) veröffentlicht worden und verdient es, zur Charakteristik unserer Geistlichkeit in diesen schicksalsschweren Stunden der ev.-luth. Kirche Kongregpolens der Nachwelt zum Gedächtnis erhalten zu bleiben. Wir Laien haben zwar nicht viel von dieser Synode erhehrt, aber dennoch erwartet, daß unsere Pastorensynode mehr Achtung für ihre eigene Person und mehr Verständnis für die Notlage der Kirche haben würde. Die Ereignisse in unserer Kirche gehen schon längst über den engen Rahmen von Meinungsverordnungen hinaus und verlangen von der lutherischen Geistlichkeit Mut und Entschlossenheit, hier fördernd einzugreifen. Dieser Aufgabe scheint sie aber nicht gewachsen zu sein.

Was die Synode selbst anbelangt, so haben wir es abermals mit einer Komödie à la „allgemeine ev. Tagungen zu Warschau“ zu tun und diese kann ihrer Schluffassung noch als Schwester der „historischen“ Tagung vom 22. und 23. Februar betrachtet werden. Sie unterscheidet sich von der letzteren jedoch dadurch, daß man wenigstens 1 1/2 Tage hindurch (also gerade so lange, bis der Herr Generalsuperintendent Bursche den Antrag „gehören“ konnte) um das Verhältnis 1:2 herumstritt, um dann „mit dieser Lösung der Frage voll und ganz zufrieden zu sein.“ Ihren Höhepunkt scheint die Synode dann erreicht zu haben, „als die Diskussionen und die Synodalen einander freundlich anblickten, um dann einstimmig ihren Generalsuperintendenten das Vertrauen auszudrücken.“

Ein Sturm im Glase Wasser!

Dafür aber soll „die Frucht dieses Kampfes ein Segen für die Kirche sein“!

Die deutsche und die polnische Sprache sollen gleichberechtigt sein.

Einige von der polnischen Presse „falsch ausgelegten“ Worte aus einem vom Generalsuperintendenten Bursche unterschriebenen Artikel im „Zwischen Evangelium“ sollen „selbstverständlich“ aufgestellt und widerlegt werden, sobald die konstituierende Synode zusammengetreten sein wird. Auch das Verhältnis der Laien- und Geistlichen-Synodalen von 1:2 sollen wir bekommen, sobald die konstituierende Synode unsere Kirche dem Jesuitenpater

Zurowski ausgeliefert haben wird. Ja, sogar auch Vertreter der deutschsprechenden Glaubensgenossen soll der zukünftige Oberkirchenrat aufweisen, weil die Evangelischen Kongregpolens zu 90 von Hundert deutsch sprechen!“ Wie göttlich! — O du heilige Einfalt! Welch reicher Segen von — Versprechungen!

Wären die Männer von der „Bodzer Freien Presse“ und vom „Volksfreund“ nicht vorhanden, so hätte man das alles nicht zu versprechen brauchen.

Wir danken unseren geschätzten Pastoren für diese hochherzige Spende, sind jedoch der Meinung, daß sie von Kirchenrechten der ev.-luth. Kirche Polens durchaus nichts zu vertellen haben. Unsere Kirche hat aufgehört, eine Pastorenkirche zu sein. Die Kirche bilden wir alle Pastoren und Laien, zusammen. Es steht auch jedem ev. Bürger Polens auf Grund der Staatsverfassung das Recht zu die Sprache zu sprechen, die ihm beliebt, in Sachen seiner Kirche und seines Glaubens frei nach seinem Wissen und Gewissen zu handeln und Verleumdungen, auch wenn sie vom Generalsuperintendenten herrühren, zurückzuweisen, ohne auf konstituierende Synoden zu warten.

Wir müssen auch bei dieser Gelegenheit ganz entschieden darauf hinweisen, daß Herr Pastor Bursche als Generalsuperintendent für unsere Kirche für immer erledigt ist. Nur in der gegenwärtigen Zeit der unbeschränkten Möglichkeiten ist es möglich, daß ein ev.-luth. Generalsuperintendent nach so viel moralischen Niederlagen den „Mut“ hat, die Kanzel zu betreten oder im Amt zu verbleiben. Es gibt heute für unsere Pastorensynode nur zwei Wege: Mit der Gemeinde für die reine Lehre Christi oder mit Pastor Bursche für die Politik! An ihnen ist es, die nötige Schlussfolgerung zu ziehen.

Von der Schriftleitung: Zu dem in der vorigen Nummer gebrachten, von uns leider Platzmangels wegen gekürzten, aus der Feder des Herrn Konsistorialrats Gundlach stammenden Aufsatz bringen wir als Ergänzung einen Aufsatz unseres werten Warschauer Mitarbeiters, der die Ergebnisse der letzten Pastorensynode sehr treffend beurteilt.

Dank.

Liebe Glaubens- und Volksgenossen aus Międzyz und ihr aus meiner Einlingsgemeinde! Es gereicht mir zur angenehmen Pflicht, Euch an diesem Orte herzlichst dafür zu danken, daß Ihr soviel Mut und christliche Nächstenliebe an den Tag gelegt habt, mich vor den ungeheuerlichen Beschuldigungen und Verleumdungen in Schutz zu nehmen, die ein gewisser H. Luedtke, wohl wissend, was er auf „höheren“ Befehl tat, im „Ev. Wochenblatt“ gegen mich niedergeschrieben hatte. Gott lohne Euch diese Tat an Euren Kindern. Mögen auch ihnen, wenn sie einst unschuldig geheßt und verleumdet werden, edle Verteidiger erstehen und an ihnen vergelten, was Ihr an mir getan habt.

Indem ich allen, die an dem Zustandekommen der Klärungen in der Osternummer des „Volksfreundes“ beteiligt sind, danke, meine ich dies nicht würdiger tun zu können, als daß ich gelobe: So lange ich lebe, will ich zu jeder Zeit und an allem Orte mit Leib und Seele nach bestem Wissen und Gewissen für das Wohl und Gedeihen meiner deutschen Brüder in Polen wirken, soweit es in meinen Kräften steht, ohne Ruhm und Ehre zu begehren, Haß, Schmähungen, und Verfolgungen zu fürchten, dem Gebote dessen folgend, der da brennenden Herzens gesagt hat: Mich jammert des Volks! „für dich, mein Volk!“ war, ist und soll ein Wahlspruch bleiben. So wahr mir Gott helfe!

23. April 1922.

Julian Will.

Die Nöte der Deutschen Polens im Sejm.

Wortlaut der Rede des Abg. Spickermann, gehalten am 5. Mai.

Hohes Haus!

Ich benutze die Gelegenheit, um von dieser Tribüne aus im Namen der Vertretung der deutschen Abgeordneten in diesem Sejm, welche letztere die gesamte deutsche Bevölkerung in Polen in einer Zahl von über zwei Millionen Bürgern der Republik repräsentiert, zu sprechen.

Im Gefühl der großen Pflichten, welche die Würde eines Mitgliedes einem jeden von uns Deutschen auferlegt, waren wir zu aufrichtiger Zusammenarbeit am Bau einer gesunden Wirtschaft unseres gemeinsamen Vaterlandes immer gern bereit.

Niemand wird uns vorwerfen, daß wir uns jemals der Pflicht entzogen hätten, dem Staate das Opfer mit dem Blut unserer Söhne auf den Schlachtfeldern darzubringen, besonders im ebenwährenden russischen Teilgebiet; auch gibt es in Polen keinen gewissenhafteren Steuerzahler als den Deutschen! Die zahlreichen Gaben an Lebensmitteln, die die deutschen Gutbesitzer und deutschen Bauern zugunsten der mindereentwickelten Bevölkerung unseres Landes freiwillig darbrachten, bilden eine rühmliche Auszeichnung für uns inmitten der anderen Bevölkerungsgruppen, die die Gesamtheit der Bürger des polnischen Staates bilden. Wir erlauben uns auch, das Hohe Haus daran zu erinnern, daß eine ganze Reihe nützlicher Arbeiten dieses Sejm auf dem Gebiete der Festlegung der Gesetzgebung bei unmittelbarer Beteiligung der Stimmen der deutschen Abgeordneten durchgeführt wurde und daß es niemals einen Fall gab, daß sich jemand von uns der Mitarbeit auf diesem Gebiete entzogen hätte, wenn er hierzu aufgefordert worden war.

Die wirtschaftlichen Anstrengungen der Landwirtschaft und der Industrie, die die Wiedergeburt des polnischen Staatswesens auf dem für das staatliche Leben wichtigsten wirtschaftlichen Gebiete anstreben sind nicht zuletzt das Verdienst des reichlich und mühsam arbeitenden deutschen Arbeiters, Kolonisten und Landwirts, des deutschen Fabrikanten und des deutschen Gutbesizers oder auch Landpächters. Wir Deutschen Polens erfassen unsere Pflichten genau, und ebenso genau deutsch erfüllen wir dieselben auch. Aber gleichzeitig sind wir uns auch genau unserer bürgerlichen Rechte bewußt, die uns in diesem Staate solange als heiliges Gut zuzuehen, solange dieser Staat sich des Namens einer demokratischen Republik rühmt und solange die Verfassung, die wir hier am 17. März vorigen Jahres alle zusammen beschlossen haben, nicht als ein Papiertuch zerfällt, sondern als allgemein-nationales Heiligtum.

Nun stellen wir mit der tiefsten Bitterkeit heute an dieser Stelle fest, daß unsere loyalen Bemühungen, unsere bürgerlichen Pflichten dem Staate gegenüber zu erfüllen, sei es als Angestellte, als Soldaten, als Zahler von Steuern, Vermögensabgaben, freiwilligen Spenden und Beiträgen, daß unsere Anstrengungen für die Mitarbeit am Bau unseres Staatswesens — daß alle unsere Bemühungen nicht die rechte Würdigung finden, sondern vielmehr fortgesetzt mit Ungerechtigkeiten gelohnt werden. Die grundlegenden Rechte, die unserer deutschen Minderheit in diesem Staate angeblich verbürgt sind, werden uns immer mehr geschmälert.

Es besteht nicht die geringste Möglichkeit, alle Arten großer und kleiner Benachteiligungen aufzuzählen, die uns immer öfter und öfter widerfahren. Eine Kränkung unserer Bürgerrechte

ist für uns als gleichberechtigte Wirte dieses Landes das öffentliche Auftreten hoher und höchster Beamten dieser demokratischen Republik, die uns Deutschen in diesem Lande lediglich als lästige Eindringlinge und ungern gesehene Gäste behandeln. Ein plakatives Beispiel für eine derartige amtliche Beleidigung, die uns Deutschen angetan wurde, bildet die öffentliche Ansprache des derzeitigen Herrn Vorsitzenden des Ministerrates in der Stadt Posen am 8. Januar dieses Jahres. Eine doppelte Beleidigung wurde jene Ansprache von der Zeit an wo Herr Poniowski es nicht für nötig befand, dieses Unrecht in seinem Exposé vom 21. März d. J. wieder gutzumachen.

Das Beispiel, das von oben, von den gegenwärtig regierenden Kreisen, ausgeht und das durch and durch mit Deutschenfeinderei oder, gerade heraus gesagt, mit ungezügelter Chauvinismus durchdrückt ist, wirkt selbstverständlich auf die gesamte rein polnische Gesellschaft in diesem Lande höchlich ein, umso mehr auf die niederen Organe in den staatlichen Verwaltungen. Die ungeheure Anzahl Deutscher, die seit langem auf den Ländereien des ehemaligen preussischen Teilgebietes angesiedelt ist und die ein unbestreitbares Recht auf Anerkennung der polnischen Staatsangehörigkeit besitzt, wurde mit Hilfe einer angeblich „patriotischen“ Spitzbüßigkeit unserer Bürokraten dieses ihres guten Rechts beraubt. Das Ziel wird erreicht. Die enterbten und ruinierten Deutschen müssen in immer größeren Massen Polen verlassen. An ihren mit geringen Kosten erworbenen häuslichen Herden machen sich die Liquidatoren dieses angeblich „feindlichen“ Besitztums breit. Wie rechtlos diese sogenannte Liquidierung deutscher, sowohl ländlicher wie städtischer Besitztümer einzig und ausschließlich zugunsten der Bürger polnischen Volkstums und katholischen Glaubens vor sich geht, davon mögen die eigens zu diesem Zwecke herausgegebenen amtlichen Vorschriften und Paragraphen zeugen. Ein Evangelischer deutscher Herkunft darf, wenn er bzw. seine Familie gleich seit Jahrhunderten irgendwo in Warschau gelebt haben mag, nichts vom im Preussischen oder Pommerellen liquidierten deutschen Eigentum erwerben, da als erste Bedingung die Vorlegung des Zeugnisses eines Pfarrers, und zwar unbedingt des Pfarrers einer römisch-katholischen Gemeinde verlangt wird. So versteht man in der Praxis die sogenannten „Kolonisationsziele“ der gegenwärtigen Regierung.

Die seit langer Zeit an den Ostgrenzen, zum Beispiel in Wolhynien, angesiedelte deutsche Bevölkerung, die im Jahre 1915 durch unmensliche Verordnungen der ehemaligen russischen militärischen Behörden irgendwo an die Wolga vertrieben wurde, leidet verarmt und unglücklich aus der hol'chewistischen Hölle zu ihrer Scholle in Wolhynien zurück. Doch sind diese Unglücklichen nicht polnischer Nationalität und dazu nicht römisch-katholisch, also hindert sie die Staatsgewalt planmäßig an der Übernahme ihrer Landwirtschaften, die diese Bürger unserer Republik bereits seit Jahrzehnten besaßen. Die dagegen Protestierenden werden ins Gefängnis geworfen, und die Deutschriften, die wir Abgeordneten bereits seit langem der Regierung Poniowskis eingehändigt haben, werden ohne Antwort belassen.

Das haindliche Streben nach völliger Ausrottung oder Verneinung des Vorhandenseins völkischer Minderheiten in Polen ist direkt eine Manie. Bei der letzten Volkszählung wurden nicht nur einzelne Personen und Familien deutscher Abstammung als Stokpolen registriert, sondern es wurden ganze deutsche Dörfer, wo überhaupt nicht polnisch verstanden wird, besonders mit römisch-katholischer Bevölkerung, von den Herren Zählungskommissionen

als zur „polnischen Nationalität“ gehörig eingetragen.

Die grundsätzlichen Bürgerrechte, die jedem Bürger die Möglichkeit gewähren, seine Rechte im Wege ehrlicher Wahlen durch seine Vertreter im Sejm oder in den städtischen und Gemeinde-Verwaltungen zu schützen, werden uns Deutschen auf die gleiche Weise geschmälert und vermindert. Ich werde mich nicht mehr über die neue Sejmwahlordnung verbreiten, die so kunstvoll konstruiert ist, daß den Volksminderheiten wohl kaum der zehnte Teil der Mandate zufallen dürfte, die ihnen laut der Verfassung und nach Recht und Gewissen zukommen. Die geplante Sejmwahlordnung ist nichts weiter als eine Durchstreichnung unserer Verfassung vom 17. März 1921 und gleichzeitig eine Streichung des Versailler Vertrages sowie des Vertrages mit den Großmächten des Westens vom 28. Juni 1919, soweit sich diese auf die Rechte der völkischen Minderheiten in dieser demokratischen Republik beziehen.

Heute beschränken wir uns lediglich darauf, die Aufmerksamkeit auf die planmäßige Unterziehung unserer Wahlrechte bei den Kommunalwahlen zu lenken. Während der letzten Wahlen in den Westmarken wurden die Kandidaten zur Wahlurne zugelassen, sofern sie nur polnischer Abstammung waren und dem römisch-katholischen Bekenntnis angehörten. Was dagegen die Kandidaten der deutschen Listen anlangt, so wurde von ihnen gefordert, daß sie sich vorher einer Prüfung auf ihre Kenntnis der polnischen Sprache hin unterziehen mußten. Bei diesen von Grünschnabeln und Halbgeschulden an ergrauten und verdienstvollen Mitbürgern durchgeführten Prüfungen machte man sich über diese geradezu lustig. In manchen Städten und Ortschaften wurde von der deutschen Liste eine ganze Anzahl von Namen gestrichen, worauf die ganze Liste am Vortage der Wahlen mit der Begründung für ungültig erklärt wurde, daß die Anzahl der aufgestellten Kandidaten im Sinne des Gesetzes unzureichend sei. In jenen Ortschaften dagegen, wo die deutsche Bevölkerung trotz aller Hindernisse den Sieg bei den Kommunalwahlen davontrug, erklärte die Staatsbehörde die Wahlen für ungültig und belieh den Stadtrat im bisherigen Bestande am Ruder, indem sie die Neugewählten nicht zuließ. (Zuruf des Abg. Głominski: Sie haben bisher keine einzige Tatsache angeführt; dies sind allgemeine Redensarten!)

Wir richten hier von dieser Tribüne aus an die Regierung und die polnische Gesellschaft die Frage: steht diese Art und Weise, wie wir von der Gesellschaft und den Vertretern dieser Regierung behandelt werden, mit der Würde der demokratischen polnischen Republik im Einklang? Wir stellen mit Bitterkeit fest, daß die preussische Regierung in ihrem Vorgehen gegen die Andersstämmigen sich nie diesen Grad von Rechtsverletzung zuzuehen kommen ließ, wie er gegenwärtig gegenüber den deutschen Bürgern Polens im ehemaligen preussischen Teilgebiet gehandhabt wird. Wenn die preussische Regierung die polnische Bevölkerung seinerzeit tatsächlich geschädigt hat, indem sie den Ausverkauf des Landesbesitzes zugunsten der deutschen Anstebeln mit Machtmitteln förderte, so ist die polnische Regierung heute bestrebt, nicht nur den Landesbesitz, sondern auch städtische Immobilien, Handels- und Industrieunternehmen, Banken und Aktiengesellschaften — mit einem Wort das gesamte deutsche Eigentum mit allen Mitteln zu ruinieren, ja liquidieren die Besitzer anzustedeln und es in polnische Hände zu spielen. Dies alles wird mit einer noch nie dagewesenen Leidenschaftlichkeit durchgeführt. Wir können eine Reihe von Beispielen anführen, wo deutsche Aktiengesellschaften unter zeitweilige Verwaltung gestellt wurden. Der

Zwangsverwalter ließ eiligst Polen als Teilhaber zu, und dann ging vermittelt einer von diesen neuen Teilhabern durchgeführtes „Abkündigung“ das ganze Unternehmen auf diese schlaue Art und Weise in polnische Hände über. Einen „Patriotismus“ derselben Art befanden unsere Behörden, wenn es sich darum handelt, den deutschen Aktien gesellschaften die Erlaubnis zur Erhöhung des Anlagekapitals zu erteilen. Die tolltesten Unternehmen der Deutschen, deren erhöhte Tätigkeit einer Segen für unser Land bedeuten würde, erhalten keine Genehmigung zur Erhöhung ihres Anlagekapitals.

Wir erlauben uns nun von den Angelegenheiten materieller Natur zu den kulturellen Angelegenheiten unserer deutschen Volksminderheiten in unserer demokratischen Republik überzugehen. Wir werden uns auf die Angelegenheiten der Kirche, Schule sowie unserer kulturell völkischen Verbände beschränken. Sowohl durch internationale Verträge als auch durch die diesbezüglichen Paragraphen unserer Verfassung sind uns gleich allen anderen Bürgern ausbrüchlich, klar und unabweislich unsere Rechte auf die Pflege der deutschen Kultur unseres deutschen Volksgemeinschaftes und unserer kulturell kirchlichen Traditionen verbürgt worden.

Was aber sehen wir in der Praxis? Der polnische Staat betrachtet es nicht nur nicht als seine Pflicht, aus dem Staatschatz einen entsprechenden Prozentsatz der für Schulpflicht bestimmten Mittel zur Begründung, zum Unterhalt und Ausbau höherer, mittlerer und niederer deutscher Lehranstalten auszuwerfen, sondern er ist mit allen Mitteln bemüht, unser Schulwesen zu erdrücken. Im Laufe der letzten drei Jahre wurden uns einige hundert ländlicher Schulen, sogenannte Kantorate, im ehemaligen russischen Teilgebiet abgenommen, obwohl uns das Gesetz über die evangelisch-augsburgische Kirche vom Jahre 1849 in den Artikeln 168—203 die Unantastbarkeit sämtlicher Kantorsgebäude mit samt den zu ihnen gehörenden Grundstücken ausdrücklich verbürgt und eine Enteignung ausschließt. Die Kantorate, die nie etwas anderes waren als Bethäuser oder Kapellen und die das Eigentum der evang.-augsburgischen Kirche im Königreich Polen bildeten, werden uns von den Schulinspektoren unter dem Vorwand abgenommen, daß die Besatzungsbehörden des Deutschen Reiches diese konfessionellen Schulinstitutionen im Jahre 1917 ungesetzlich und eigenmächtig in staatliche Schulinstitutionen umgewandelt hätten, und die russische Regierung die zu diesen Institutionen gehörenden Grundstücke noch früher ungesetzlich als Eigentum der Kommunalgemeinden eingetragen hätte. Wenn die fremden Regierungen und Besatzungsbehörden widerrechtlich gehandelt haben, so hätten dies die Regierungen der Freien Unabhängigen Polnischen Republik wiedergutmachen sollen, nicht aber neue Rechtsverletzungen auf der Grundlage der alten Rechtslosigkeit schaffen sollen.

Die polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität, die dem römisch-katholischen Bekenntnis angehören, haben nicht weniger Ursache, sich über die Bedrückung von Seiten der polnischen Chauvinisten zu beklagen. Wir können Beispiele aus Posen, Lodz und Pabianice aufzählen wo die polnischen Bürger deutscher Nationalität römisch-katholischen Bekenntnisses sich seit vielen Jahren vergeblich um Zuweisung von katholischen Seelsorgern deutscher Nationalität bemühen, die sich nicht mit der Polonisierung befassen, sondern lediglich das Seelenheil der ihnen von der heiligen römisch-katholischen Kirche anvertrauten Gemeindeglieder im Auge haben würden. Diesen deutsch-katholischen Gemeinden ist es sogar gelungen, mit eigenen Kräften entsprechende Priester für sich ausfindig zu machen. Diese Priester wurden jedoch von den chauvinistischen Merkmalen Kreisen sowie von der Presse un-

verzüglich als Sakristen, als Feinde des polnischen Staatswesens und als Verbreiter alldeutscher Ideen verhöhnt.

An dieser Stelle will ich zur Rolle der polnischen Presse übergehen. Fast alle polnischen Zeitungen, mit Ausnahme einer geringen Anzahl, halten es für ihre Pflicht, jede Persönlichkeit anzuschwärzen und zu beschimpfen die es wagt, für die Verteidigung der deutschen Minderheit und der Rechte, die dieser Minderheit durch die Verfassung und die internationalen Verträge verbürgt sind, ehrlich aufzutreten. In verschiedenen Teilen des polnischen Staates haben sich Verbände der Deutschen gebildet, die sich die Erhaltung ihrer Kultur und den Schutz ihrer verfassungsmäßigen Rechte zur Aufgabe gemacht haben. Obwohl diese Verbände auf rein rechtlichen Grundlagen tätig sind, obwohl sie die Wahrung der fundamentalen Grundzüge unserer Verfassung vom 17. März 1921 zum Ziele haben und obwohl sie in ihren Satzungen nicht in geringstem Maße irgendwelche staatsfeindlichen Tendenzen verfolgen, werden sie von der polnischen Presse als „Verschwörungen“ gegen Polen verhöhnt. Schändliche Verleumdungen über angebliche geheime Beziehungen zu der Berliner Regierung werden über diese Verbände von der gesamten polnischen Presse verbreitet. Das Innenministerium, das durch das Gesetz und den unaufhörlichen Verleumdungsfeldzug der chauvinistischen polnischen Blätter ganz Polens terrorisiert wird, fühlt nicht genügend Mut in sich, um sich genau an die Vorschriften des Gewissens und des Rechts zu halten. Der „Bund der deutschen Bürger Polens“ in Lodz, der sich nie das allergeringste offene oder geheime gegenstaatliche Auftreten zuschulden kommen ließ, ist bis zum heutigen Tage noch immer nicht legalisiert worden. Der Herr Innenminister geruht nicht, eine schriftliche Antwort auf unsere amtlichen Denkschriften zu erteilen. Uebrigens geruht das Innenministerium nicht nur in dieser einzigen Angelegenheit nicht, uns mit seiner amtlichen Erklärung zu beehren. Unsere Anfragen bezüglich der Verfolgungen der deutschen Kolonisten in Wolhynien verbleiben gleichfalls ohne Antwort.

Die Antwort ist wahrscheinlich in den empfindenden Verfolgungen enthalten, denen die deutsche Presse in der Republik Polen sowie die Führer unserer Volksminderheiten in Lodz, Posen und Bromberg ausgesetzt sind. Wenn deutsche Blätter in Polen auf die verkehrte Politik der Regierung, auf die Fehler unserer Bürokratie oder auch auf die Erscheinungen eines schädlichen Chauvinismus und Fanatismus hinweisen, dann schreiben gleich Hunderte von polnischen Blättern über „Staatsverrat“ und über „Verschwörungen“. Die staatlichen Behörden aber erachten es als ihr gutes Recht, diese Menschen monatelang im Untersuchungsgefängnis zu halten.

Der Verleumdungsfeldzug der chauvinistischen polnischen Presse beeinflusst immer schädlicher die polnische Gesellschaft sowie leider auch die staatlichen Ämter, vor allem die Gerichte und Untersuchungsgerichte. Von der Höhe dieser Tribüne aus lagen wir Abgeordnete der deutschen Minderheit heute die Regierung Bonikowski und ihre Vorgänger des Verbrechens der völligen Parteilichkeit nicht nur uns Deutschen Polens sondern auch den anderen völkischen und religiösen Minderheiten dieses unseres Heimatlandes gegenüber an. (Der Sejmarschall ruft den Redner zur Ordnung).

Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß es uns sehr schwer fällt, mit einer Regierung am Aufbau des Staates zusammenzuarbeiten, die für uns bis jetzt nicht das geringste Verständnis

hatte.

Zum Schluß meiner Rede muß ich zu dem offenen Briefe der polnischen Verbände Stellung nehmen. Wir Deutschen in Polen protestieren gegen jede Gewalt, von welcher Seite sie auch kommen möge. Gerade darum lege ich auch in fester Weise Protest ein gegen die nationalistische Hege, die in so niederträchtiger Weise gegen unsere Stammesgenossen im ehemals preussischen Teilgebiet geführt wird. Uns wundern wir, daß die Regierung zu all dem ja und amen sagt.

Meine Herren! Fahren Sie so nur fort, und Sie werden Polen glücklich machen!

Aus Welt und Heimat.

Die Ausführungskommission, die auf der großen Gemeindeversammlung vom 5. April gewählt wurde, ist rüstig an der Arbeit. In erster Reihe galt ihre Bemühungen, dem Bobek'schen Gesekentwurf. Alle rechtlichen Kampfmittel wurden in Bewegung gesetzt, um die Annahme dieses, die freie Willensäußerung der evangelisch-lutherischen Gemeinden Kongresspolens knebelnden Gesetzes, im Sejm zu verhindern. Die Zurückstellung der dritten Lesung gelang einstweilen, jedoch das Zurückziehen des Gesekentwurfes in die Sejmkommission, zwecks nochmaliger eingehender Durchsicht und der Annahme von Verbesserungen, wie es der durch Abgeordneten Spickermann eingebrachte Zusatzentwurf vorsah, gelang nicht. Eine besondere Abordnung, bestehend aus dem Kirchenvorsteher Schwarz, dem Fabrikanten W. Hoffmann und dem Kaufmann O. Somschor überreichte dem Sejmarschall Trompczynski eine Denkschrift (siehe Volksfr. Nr. 19). Der Marschall war über die Kirchenangelegenheiten der Evangelischen vollständig im Bilde. Er äußerte seine Verwunderung darüber, warum diejenigen, denen die gegenwärtige Richtung (Politik) innerhalb der evangelisch-augsburgischen Kirche nicht gefällt, warum sie aus der Kirche nicht austreten. Es ist doch selbstverständlich, sagte er weiter, daß in der Kirche die Geistlichen regieren müssen. Darauf entgegnete man, daß dies in der evangelischen Kirche niemals der Fall wäre. Jedes Gemeindeglied hat vor Gott und Menschen die gleichen Rechte. In der Kirche sind bei uns Evangelischen alle gleich, wir kennen keinen besonderen Priesterstand, wie ihn die katholische Kirche hat. — Mit einem Wort: Die Herren im Sejm stehen dem Generalsuperintendenten Bursche in jeder Hinsicht näher als uns, so daß die Annahme des Bobek'schen Gesekentwurfes von vornherein als sicher anzunehmen war. Dies ist auch allen, die sich im Kampfe gegen die Kirchenstaaterei, die vom Warschauer evangelischen Konsistorium zielbewußt durchgeführt wird, befinden, von Anbeginn des Kampfes klar. Nur auf die eigenen Kräfte, auf die Uebersetzungsrede unserer Brüder, auf das Bewußtsein, daß wir für eine gerechte Sache unseres deutsch-evangelischen Volkspalters kämpfen, haben wir uns im starken Vertrauen auf Gottes Hilfe gestützt. Und auch weiterhin werden dies die einzigen Hilfsquellen unseres schweren Kampfes bleiben. — Nach der ersten Niederlage, die sich aus der Annahme des Bobek'schen Entwurfes ergab, erstand die Frage: was nun? Hat es noch Sinn, weiter gegen die nun gesetzlich geregelte Knechtung Sturm zu laufen, oder muß endgültig mit Warschau gebrochen werden? Die überwiegende Mehrzahl der Ausführungskommission sprach sich für den weiteren, wenn auch wenig aussichtslosen Kampf, aus. An den Wahlen zur Landesynode müssen sich alle unbedingt beteiligen. Vor allem tut dann Aufklärung unserer Glaubensgenossen not. Das Uebrige wird sich von selbst ergeben. Unter diesem

Sichtpunkt schreitet die Arbeit des Ausschusses vor. Auf der letzten Sitzung nahmen zahlreiche ungeordnete aus der Umgegend von Lodz teil. Es lag die schwere Not unserer teuren lutherischen Kirche am Herzen. Nach bestem Wissen und Gewissen wollen alle zur Gesundung der kirchlichen Verhältnisse Hand mit anlegen. Das wolle Gott!

L. H.

Beachten!

Das Warschauer Evangelische Konsistorium macht alle denkbaren Anstrengungen, um unsere Kirche an den Staat zu binden. Mit allen Mitteln hat es im Sejm den Bobekschon Gesetzentwurf durchgebracht, mit allen Mitteln sucht es die Synode auch ihrer Laienzusammensetzung nach zu gestalten. So hofft es auf die Loyalität und Trägheit der Gemeinden, um Vertreter zur Synode von den Kirchenkollegien zu bekommen. In diesen Kirchenkollegien aber wird der vom Konsistorium abhängige Pastor solche Vertreter ernennen lassen, die zu allem, was Bursche macht, ja und amen sagen werden. Unter Berücksichtigung der Wahlvorschriften fordern wir auf: 1) tragt eure Namen in die Gemeindefisten bis zum 28. Mni ein; 2) stellt eine Kandidatenliste für die Synode auf und reicht sie ebenfalls bis zum 28. Mai ein. Die Kandidatenliste muß 30 Unterschriften von Gemeindegliedern tragen. Die Kandidaten müssen das 30. Lebensjahr vollendet haben. Wählen könnt ihr alle, Männer und Frauen, die ihr das 24. Lebensjahr vollendet habt. Ihr könnt eure Männer, zu denen ihr Vertrauen habt, in die Synode entsenden. Wählt gläubige, deutsche Männer, die offen für das Evangelium und die Wahrheit eintreten werden.

Im Sejm begannen die Beratungen über das Wahlgesetz, die letzte grundlegende Arbeit des Sejm, nach Vollbringung derer er sich auflösen wird. Die Aussprachen des ersten Tages zeigten unzweideutig, gegen wen das neue Wahlgesetz gerichtet ist. Der jüdische Abgeordnete Chon unterstrich, daß vor allem die Städte, der Arbeiterstand und die völkischen Minderheiten benachteiligt werden. Die Wahlbezirke sind künstlich geteilt worden. So wurde z. B. der Wahlkreis Lodz—Land, Lask und Brzeziny, die verhältnismäßig dicht von einer deutschen Bevölkerung besiedelt werden, geteilt: der Kreis Brzeziny mit der Stadt Tomaszow, die eine große Anzahl von deutschen Wählern birgt, wurde dem Wahlkreis Petrikau zugeteilt. Dadurch würde der Wahlkreis Lodz für die Deutschen geschwächt, der Wahlkreis Petrikau hat sonst auch keine Hoffnung, einen deutschen Abgeordneten durchzubringen. Zu den ersten Sejmwahlen bekam die „Deutsche Volkspartei im Wahlkreis Lodz—Land 1794 Stimmen. Die deutsche Liste in der Stadt Lodz 18251 Stimmen. Im Wahlkreis Kolo-Konia erzielte man damals 9181, im Bezirk Lipno-Rypin 8396 deutsche Stimmen. Nur diese Wahlbezirke Kongresspolens können ernst für die deutsche Partei in Betracht kommen. Eine gewisse Vorarbeit ist bereits geleistet worden. Von der Stunde an, daß der Wahlgesetzentwurf vom Sejm angenommen wird, muß dann die zielbewußte, tatkräftige Arbeit der „deutschen Volkspartei“ beginnen. Im ganzen sollen nach der Gesetzesvorlage 408 Sejmabgeordnete und 102 Senatoren gewählt werden. An Wahlbezirken soll es 62 geben, wobei 67000 Einwohner auf einen Wahlbezirk kommen. Wenn alle deutschen politischen Parteien sich vor der Abstimmung nicht zu einer einzigen „Deutschen Partei Polens“ zusammenschließen und dazu nicht gemeinsame Sache mit den Juden und Ruthenen Polens machen, so bekommen sie sicherlich keinen einzigen Sitz im künftigen Sejm . . .

Eine wichtige Botschaft. Infolge einer polnischen Konstitution gerichteten in sehr unangenehm Ausdrücken gehaltenen Predigt Pfarrer

Giesynstis, die dieser anläßlich der Feier des 3. Mai in der Bojener Kathedrale hielt, beschloß der Sejmklub Stopinski, in einer der nächsten Sejm-Sitzungen einen Dringlichkeitsantrag einzubringen. Demnach soll ein dem belgischen ähnliches Gesetz ausgearbeitet werden, das das Mißbrauchen der Kanzel zu politischen Zwecken verbieten soll.

Die Eintragung in die Synodal-Wahllisten hat in beiden Lodzer evangelischen Gemeinden begonnen und dauert bis zum 28. d. M. Jedes Gemeindeglied, Mann oder Frau, das das 24. Lebensjahr beendet hat, ganz gleich, ob es Kirchenbeitrag zahlt oder nicht, hat die Pflicht, sich in die Listen eintragen zu lassen. Bei der Eintragung wird den betreffenden Personen eine Bescheinigung ausgestellt, die zur Teilnahme an der Wahl berechtigt. Auf dem in die Kirchenkanzeln zur Eintragung in die Wahllisten!

Die Teuerung der Lebensmittel nimmt in erschreckender Weise zu. Um einigermaßen die Teuerungswelle einzudämmen, ist in Warschau ein außergewöhnliches Kommissariat zum Kampf mit der Teuerung gegründet worden. Viel zur bestehenden Teuerung trägt die zahlreiche Rückkehr Tausender von Rückwanderern aus Sowjetrußland bei. Das kalte Frühjahr, der Mangel an Hackfrüchten, das Ausspeichern von Lebensmitteln durch schlaue Spekulanten, wären einige der Ursachen, die die Teuerung nach sich ziehen.

Auszeichnung. Im „Monitor Polski“ ist das Verzeichnis der Personen abgedruckt, denen der Orden „Odrodzenie Polski“ verliehen wurde. Unter den mit dem Sternzeichen der zweiten Klasse ausgezeichneten Personen befindet sich auch Pastor Julius Bursche, der das Kreuz und den Stern für hervorragende Verdienste auf dem Felde der nationalen Arbeit erhalten hat.

Die Finanzlage Polens. Finanzminister Michalski erklärte, daß die Finanzlage Polens sich täglich bessere. Die Einzahlungen auf die Danina belaufen sich bereits auf 40 Milliarden. Der Stand der Schulden vermindere sich und steht zu erwarten, daß er durch die Goldzahlungen Rußlands und die Edelmetallspenden für den Staatsjahrgang in Bälde auf 30 Milliarden zurückgehen werde.

Die Postgebühren für Auslandsbriefe wurden ab 13. April folgendermaßen erhöht: a) gewöhnlicher Brief im Gewicht bis 20 Gramm kostet nach der Tschechoslowakei Mk. 40, nach anderen Ländern Mk. 50; Postkarten werden nach der Tschechoslowakei mit 25, dem übrigen Ausland mit 30 Mk. bezahlt. Für Briefe nach der freien Stadt Danzig gelten inländische Postbestimmungen.

Die Erdölgewinnung im Gebiete von Drohobycz und Boryslaw (Klempolen) ist in diesem Jahre stark zurückgegangen. Anfänglich knüpfte man starke Hoffnungen an die polnischen Petroleumquellen als ein gutes Mittel zur Hebung der polnischen Valuta. Jedoch nimmt gegenwärtig das galizische Petroleum kaum den hundertsten Teil des auf der ganzen Erde gewonnenen ein. Wenn sich die Lage nicht bessert, so wird das polnische Erdöl kaum die Bedürfnisse des eigenen Landes decken können. Um dem abzuhelfen, müßten neue Bohrungen vorgenommen werden auf geologisch bereits untersuchten Naphthagebietern. Hierzu fehlen die inländischen Kapitalien, das Ausland, vornehmlich England, hegen nicht das erforderliche Vertrauen. Den deutschen Großkaufleuten hat man allerhand Erschwernungen in den Weg gelegt. Nun kommt die Sache zum Stocken.

Der polnische Holzhandel nimmt einen großen Aufschwung. So wurden in letzter Zeit eine ganze Reihe von neuen Holzhandelsgeellschaften in Danzig gegründet. Die Nachfrage auf polnisches Holz ist auf dem Weltmarkt ebenfalls groß. Laut sach-

männischer Berechnung vermag Polen jährlich sechs Millionen Kubikmeter Holz nach dem Auslande auszuführen.

Deutsche Kalisalze für polnische Kartoffeln. Die deutsche Regierung hat gegen Lieferung von Kartoffeln aus Polen die Ausfuhr größerer Mengen 40- und 20prozentigen Kalidüngesalzes aus Deutschland freigegeben. Diese Kalisalze stellen sich im Preise etwa auf die Hälfte der Preise, die die polnische Landwirtschaft für elsfässische Kalisalze bezahlen muß. Die Salze werden nur an die Genossenschaften abgegeben, die elsfässische Kalisalze nicht geführt haben.

Warschau. Die Kathedrale auf dem Sachsenplatz droht einzustürzen. Wie die „Niecyp.“ mitteilt, ist eine besondere Kommission eingesetzt worden, um die Frage der Einsturzgefahr der Kirche auf dem Sachsenplatz in Warschau, die neuerdings zur Garnisonkirche bestimmt worden ist, zu untersuchen. In der Mauer haben sich beträchtliche Risse gebildet, so daß die Gefahr eines Einsturzes nicht von der Hand zu weisen ist.

Ein grüner Diamant ist kürzlich in der Nähe von Bloemfontein (in dem früheren Deutsch-Südafrika) gefunden worden. Der Stein hatte zuerst ein ansehnliches, schwärzliches Äußeres und schien ziemlich wertlos zu sein. Beim Zerschneiden zeigte er indessen eine tadellose Beschaffenheit und eine tiefgrüne Farbe. Der rohe Stein hatte ein Gewicht von 5/8 Karat. Nach der Bearbeitung wiegt er noch ungefähr 1 1/2 Karat. Da Diamanten von grüner Farbe außerordentlich selten sind, so soll der Stein auf den europäischen Markt kommen, um dort verkauft zu werden. Man schätzt seinen Wert auf etwa 200,000 Goldmark.

Die Sachjengängerei nach Deutschland ist wiederum aufgelebt. Zu Tausenden strömen, leider ohne die nötigen Pagausweise, Männer, Frauen, halbwuchsigc Burtschen und Mädchen über die Grenze. Bei nächtlicher Dunkelheit sehen sie über; oftcr gelangen ganze Trupps in die Hände der Grenzpolizei. Alle diese Leute haben in der Heimat keine Verdienstmöglichkeiten. In der Vorkriegszeit fanden bei 150 000 Sachjengänger aus Polen Arbeit in den landwirtschaftlichen Betrieben Deutschlands. Heute will man wieder den alten Weg gehen.

Aus Amerika kommen in letzter Zeit viel polnische Rückwanderer. Die Verhältnisse liegen über den sehr ungünstig. Die amerikanischen Waren können mit den europäischen schlecht wettstreifen. Man bringt sogar viel Waren aus Deutschland nach Amerika, denn trotz Transportkosten kommen die deutschen Waren in Amerika billiger zu stehen als die amerikanischen. Daraus folgt, daß die Fabriken in Amerika wenig Arbeit haben. Viele Millionen sind beschäftigungslos. Wer kann, sucht sich anderswo Beschäftigung. Besonders viele ehemalige Hüllerlajc Soldaten kommen nach Polen, wo im Osten ihnen unentgeltlich Land zugewiesen wird.

Die ausländischen Geldwährungen machten im Laufe der vergangenen Woche keinerlei große Veränderungen durch. Alles ist noch gespannt auf das Ergebnis der Konferenz von Genua, die allem Anschein nach ebenso fruchtlos verlaufen wird wie alle anderen. Man zahlte folgende Preise am:

	2. 5.	4. 5.	6. 5.
1 Dollar	3945 Mk.	3980 Mk.	4000 Mk.
1 pfo. Sterling	17650 .	17775 .	17975 .
1 franz. Frank	363 .	364 .	370 .
1 deutsche Mark	14 .	14 .	14 .

Besonders rege Nachfrage galt der deutschen Mark, was auf das Zustandekommen des Vertrages Deutschlands und Rußlands zurückzuführen wäre.

Auf der Warschauer Getreidebörse sind die Preise abermals in die Höhe gegangen. So zahlte man am 5. Mai für einen metrischen Zentner (244 Pf.) Roggen — 14,300, Gerste — 13,500, Hafer — 13,700, Raps — 17,500, blaue Lupinen — 8,700.

Die Millionówka. Bei der Ziehung am 16. Mai fiel das Los auf N. 4270321, das in Warschau verkauft wurde. In letzter Zeit macht sich eine große Nachfrage für Millionóvkascheine geltend, was das Steigen der Preise zur Folge hat. Es wäre deshalb ratsam, diese Scheine nicht ohne weiteres zu verkaufen.

Wochenschau.

Inland. In den letzten Tagen hat man uns Deutschen Polens wieder einmal von gewisser Seite den Beweis geliefert, daß die schönste und beste Staatsverfassung ein leeres Machwerk ist, wenn sie nicht aus dem natürlichen Gefühl und dem ernststen Willen des Volkes geboren ist. Wie die Blätter in den letzten Wochen des öfteren meldeten, sollen in Oberschlesien häufige Übergriffe und Mordanschläge der sogenannten „Orgeschleute“ polnischen Bürgern gegenüber verübt worden sein. Aus diesem Anlaß ist nur auf Anregung des durch seine heroische Arbeit zur Genüge bekannten „Kurjer Poznanski“ in diesem Blatte ein von 5 Sejmiparteien, 14 führenden Blättern und 30 (!) Verbänden und Vereinigungen unterzeichneter „Offener Brief an die deutschen Bürger des polnischen Saates“ erschienen. In diesem „Offenen Brief“ verlangt man nun von den deutschen Bürgern Polens, daß sie gegen das Vorgehen ihrer Stammesbrüder in Oberschlesien einstimmig Protest erheben, widrigenfalls man sie als an den begangenen Mordtaten moralisch Mitschuldige betrachten und als solche behandeln werde. — Es ist begreiflich, wenn sich einzelne Personen zu unbedachten und unvernünftigen Handlungen versteinern können, daß aber Tausende von Menschen sich in chauvinistischer Blindheit zu einer Handlung hinreißen lassen, wie es dieser „Offene Brief“ ist, das wäre denn doch in einem wahren Kulturstaate eine förmliche Unmöglichkeit. Ist es nicht eine an Wahnsinn grenzende Zumutung, die man hier gegenüber den Deutschen Polens zum Ausdruck bringt? Bürger, denen die volle Gleichberechtigung in der Staatsverfassung garantiert ist, will man zu zweifelhaften politischen Aktionen zwingen und sie einfach als Geiseln behandeln, die man für (noch übrigens nicht feststehende) Übergriffe ihrer ausländischen Stammesgenossen verantwortlich machen kann. Wir können nicht annehmen, daß die Gesamtheit des polnischen Volkes diesen Schritt der mit Blindheit geschlagenen Chauvinisten Pommerellen billigen wird. Die Deutschen Polens werden jede Gewalttat und jeden Mord, von wem sie auch verübt werden mögen, aufs schärfste verurteilen, sie werden sich aber nie zu einer Handlung zwingen lassen, die mit ihrem völkischen Ehrgefühl nicht vereinbar ist.

Auch dieses Beispiel zeigt uns jedenfalls wieder einmal, wie man in unserem Lande die Staatsverfassung achtet.

In letzter Zeit ist es wieder die ostgalizische Frage, die mehr in den Vordergrund gerückt ist. Diese Frage ist bekanntlich durch den Versailler Vertrag nicht geregelt worden, vielmehr hat es sich die Entente vorbehalten, die Entscheidung über diese Angelegenheit in einem späteren

Zeitpunkt zu treffen. Nun wird aber diese Frage brennend. So soll vor kurzem in Wien eine Versammlung der im Auslande weilenden Mitglieder des Nationalrates der westukrainischen Republik stattgefunden haben, auf der beschlossen wurde, sich an die Konferenz von Genua mit einer Note zu wenden, in der gegen die Okkupation Ostgaliziens und der Nordbukowina protestiert und die schleunige Wiederherstellung der Selbständigkeit der westukrainischen Republik gefordert wird. Die in den letzten Tagen aus Ostgalizien gemeldeten Unruhen verschärfen die Lage ganz bedeutend.

In Handel und Industrie ist infolge größerer Nachfrage während der letzten Wochen eine merkliche Belebung eingetreten. Als neues bedeutendes Absatzgebiet ist nun auch Oesterreich hinzugekommen, das wegen seiner niedrigen Währung in einem anderen Lande so günstig Käufe abschließen kann, wie gerade in Polen. Manche Fabriken haben aus obigen Gründen in drei Schichten zu arbeiten begonnen. Die Preise für die Erzeugnisse der Industrie haben insofern keine bedeutende Änderung erfahren.

Italien. Am 3. Mai fand seit der Tagung der Genueser Konferenz die zweite Vollversammlung der Delegierten statt. Die Finanzkommission und die Verkehrskommission erstatteten über die von ihnen bisher geleistete Arbeit Bericht. Aus den Berichten ist klar zu ersehen, daß auch diese nicht dazu angetan sind, Europa einer glücklichen Zukunft zuzuführen, denn es sind bisher keine greifbaren Beschlüsse gefaßt worden, die klipp und klar den Weg zum Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens Europas vorschreiben würden. Der Grund mag wohl darin liegen, daß keine Einigkeit zwischen den Vertretern der einzelnen Staaten zu finden ist. O. Barthou, der Führer der französischen Delegation, der seit einer Woche in Paris weilte, zurückkehrt, ist fraglich. Auch Lloyd George wolle in den nächsten Tagen nach London zurückkehren, falls die Russen die ihnen überreichte Denkschrift nicht annehmen sollten. Wie aus Berlin gemeldet wird, soll Lloyd George die deutsche Delegation ersucht haben, zwischen Rußland und der Entente zu vermitteln, damit eine Verständigung herbeigeführt werden könnte.

England. Während in fast allen vom Kriege in Mitleidenschaft gezogenen Staaten Europas die Steuern eine ständige Erhöhung erfahren, ist die englische Regierung gegenwärtig bemüht, die Steuern von einer Reihe von Lebensmitteln und den Postgebühren zu ermäßigen. Dem Bericht des Finanzministers zufolge hat England im Laufe der letzten beiden Jahre bereits 322 Millionen Pfund Sterling Kriegsschulden bezahlt, und es ist nach den Worten des Ministers zu erwarten, daß in diesem Jahre ein Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben zu verzeichnen sein wird.

Frankreich. Wie bereits erwähnt, wurde die Frage, ob der deutsch-russische Sondervertrag gegen den Friedensvertrag von Versailles verstoße, in Genua einem juristischen Kollegium zur Begutachtung überlassen. Das Kollegium fand, daß keine Verletzung des Friedensvertrages vorliegt. Nun stellt aber der Rechtsausschuß der Reparationskommission in Paris fest, daß der Vertrag gegen die Artikel 236, 248 und 260 des Versailler Friedensvertrages verstoße. Auf Grund dieser Artikel ist Deutschland verpflichtet, seine Einnahmen direkt an die Reparationskommission abzuliefern. Deshalb habe auch die Kommission ein Anrecht auf das deutsche Eigentum sowie auf die deutsche Guthaben in Rußland.

China. Der Hauskrieg in China zieht immer weitere Kreise. Telegraphische Meldungen aus Peking zufolge sind auf der Linie Tientsin-Peking gewaltige Kämpfe entbrannt.

Kurze telegraphische Meldungen.

Nachrichten aus der neutralen Zone zufolge soll die litauische Regierung die Mobilisierung von fünf Jahrgängen angeordnet haben.

Tschitcherin soll sein am diesbezüglichen Wunsch gemäß vom Papst in Audienz empfangen werden.

Lustige Ecke.

Aus der Schulkwelt. Der Lehrer hat eine Rechenaufgabe gestellt. Alle Kinder rechnen eifrig nur fröhlich schaut gedankenvoll durchs Fenster nach dem gegenüberliegenden Hause hinüber. Plötzlich fragt ihn der Lehrer: „Nun Fröh, was kommt heraus?“ — Fröh antwortet ganz erschrocken: „Die Frau Meyer!“

Druck: Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“
m. b. H., Petrikauer Straße 86.

Spargelder

verzinsen wir
bei täglicher Kündigung mit 6%
6-wöchentl. „ 10%
1/2-jährl. „ 12%

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen
Lodz, Meje Kosciuszki 45/47. 83

Choralbuch

von Freyer zu kaufen gesucht. Gef. Off. mit Preisangabe an die Exp. ds. Bl. unter „S. S.“ erbeten. 19

Verkauf.

Großartige Windmühle (póltorak), zwei Gänge, besonderer Größgang (Franzose) in bester Ordnung, dabei 6 1/2 Morgen Ackerland und 3 Morgen Wiese mit totem und lebendem Inventar, ist in einem deutschen Kirchendorf, in dem sich auch eine Schule, Gemeindekanzlei, Laden und Krug befinden, sofort zu verkaufen. Preiswerte Angebote werden an Heinrich Zinn in Wola-Mlozka, Gem. Mlozka, Kreis Ciechanow, Gouvernement Plozk erbeten.

Die Billigsten

in Lodz sind

Schmehel & Rosner,

Petrikauer Straße Nr. 100, Filiale Nr. 160,

weil sie rechtzeitig noch vor der Preissteigerung eingekauft haben.

Es sind am Lager in großer Auswahl:

Damen Kleider, neueste Damen-Mäntel, Kostüme, Röcke, Kleidertoffe in Garbardin, Cheviot, Boston und Flora. Ferner: Herren- und Damen-Wäsche aus Madapolam sowie feine Damen-Wäsche aus Batist, Etamin; Strümpfe, Weißwaren auf Meter, Bettzeuge, Kretons, Handtücher, Tischdecken, Laken etc.